

1. Zur schnellen Orientierung - Das wahre Gesicht der AfD:

Am 30.01.16 gab AfD-Chefin **Frauke Petry** dem Mannheimer Morgen ein Interview: *Was passiert, wenn ein Flüchtling über den Zaun klettert?* **Petry**: Dann muss die Polizei den Flüchtling daran hindern, dass er deutschen Boden betritt. (...) *Noch mal: Wie soll ein Grenzpolizist in diesem Fall reagieren?* **Petry**: Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.“ Ihre Stellvertreterin **Beatrix von Storch** antwortete am gleichen Tag auf facebook mit einem schlichten „Ja“ auf die Frage: „Wollt Ihr etwa Frauen mit Kindern an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?“

Björn Höcke (Partei-und Fraktionsvorsitzender AfD Thüringen): „Ich gehe nicht davon aus, dass man jedes einzelne NPd-Mitglied als extremistisch einstufen kann.“ (Thüringer Allgemeine, 06.05.2014) „Ich will, dass Deutschland nicht nur eine tausendjährige Vergangenheit hat. Ich will, dass Deutschland auch eine tausend-jährige Zukunft hat.“ (FAZ, 16.10.15)

Armin Paul Hampel (AfD-Chef Niedersachsen): „Ich will das auf keinen Fall herunter spielen, aber es ist doch klar, dass ein Gutteil dieser angeblichen Brandanschläge von den Flüchtlingen selbst kommt, meist aus Unkenntnis der Technik. Mal ehrlich, viele von ihnen dürften es gewohnt sein, in ihren Heimatländern daheim Feuer zu machen.“ (Der Spiegel 51/2015, S. 25)

André Poggenburg (AfD-Landeschef und Spitzenkandidat Sachsen-Anhalt): „Wie krank im Geschlecht und im Geiste, wie unnatürlich verkommen ist diese rot-grüne Gefolgschaft? Deutschland schafft sich gerade selbst ab.“ (FAZ, 16.10.15)

Uwe Junge (AfD- Landesvorsitzender und Spitzenkandidat RLP, früher – ohne es anzugeben - ein Jahr lang Mitglied in der radikal islamfeindlichen Partei „Die Freiheit“): „Ungesteuerte Massenzuwanderung ist ein Verbrechen an unseren Kindern.“ „Willkommenskultur“ vermutete er, könne „Unwort des Jahres“ werden. (AZ, 06.01.16)

Dubravko Mandic, Vorsitzender des baden-württembergischen AfD-Schiedsgerichts, bezeichnete US-Präsident Obama wiederholt als „Quotenneger“. Meuthen lehnt einen Ausschluss Mandics aus der AfD ab.

Frauke Petry nennt den Mindestlohn: „Jobkiller-Gesetz“ (Pressemitteilung 28.04.2015).

Jörg Meuthen (AfD-Co-Chef) - aus dem Wahlprogramm seiner AfD in Baden-Württemberg, wo er Spitzenkandidat ist: „Die Politik hat den Klimawandel zu einer menschengemachten Klimakatastrophe hochstilisiert. In Deutschland geschürte Ängste vor Treibhausgasen und vor der Kernenergie führten und führen zur einseitigen Bevorzugung der sogenannten Erneuerbaren Energien.“ (...) „Klima als mindestens 30-jähriges Mittel vom Wetter ändert sich naturgesetzlich immer, war noch nie konstant und kann daher ebenso wenig wie das Wetter geschützt werden.“

2. Zitate über die AfD:

Bernd Lucke (eh. AfD-Bundessprecher): „Ich sehe ein Erstarren von Gedankengut aus dem Bereich der Neuen Rechten, also von Menschen, die anti-parlamentarisch eingestellt sind, ethnische Homogenität wollen und liberale, marktwirtschaftliche und pluralistische Vorstellungen bekämpfen.“ (Thüringer Allgemeine, 28.4.2015)

Lucke: „Karrieristen, Querulanten und Intriganten. Das dritte große Problem der AfD ist einfach beschrieben: Es gibt Mitglieder, die aus ganz unpolitischen Gründen große Aktivitäten in der Partei entfalten. Manche wittern in der Partei die berufliche Chance eines bislang eher erfolglosen Erwerbslebens, andere sehen die Bedeutung ihrer Person dadurch hervorgehoben, dass sie bei allen passenden Gelegenheiten irgendwelche Schwierigkeiten machen und wieder andere (oder auch die gleichen) empfinden eine klammheimliche Freude daran, Parteifreunde mit Intrigen Schwierigkeiten zu machen. Dies alles gibt es sicherlich auch in den Altparteien - vielleicht sogar im selben Umfang. Aber die Altparteien haben die zuvor beschriebenen Probleme der AfD nicht. Und genau diese Probleme bieten Karrieristen, Querulanten und Intriganten die trefflichsten Gelegenheiten der Selbstverwirklichung.“ (Brief von Lucke, Süddeutsche Zeitung, 12. 05. 2015).

Lucke: Die AfD ist der „Schmutzfänger auf der rechten Seite.“ (<http://www.stern.de/politik/alfa--wie-bernd-luckles-neue-partei-die-afd-schlagen-will-6462946.html>)

Hans-Olaf Henkel (eh. AfD-Bundesvorstand): „Ich kann nichts mit lauten Tönen, schrillen Ansagen und rechts-populistischen Parolen anfangen. (...) Das hält einige AfD-Mitglieder aber nicht davon ab, solche Parolen zu verbreiten. (...) Aber ich hätte mehr Wert darauf gelegt, sicherzustellen, dass wir möglichst keine Karrieristen, Rechtsideologen, Spinner und Pleitiers in der Partei haben. Heute bezahlen wir dafür den Preis. (...) Wir sind hier in einen Teufelskreis geraten. Am Anfang wurden wir als Professorenpartei verunglimpft. Dann begannen Altparteien und Medien das Mantra von der rechtspopulistischen Partei zu wiederholen. Meiner Beobachtung nach haben erst danach Rechtspopulisten gesagt: Oh, da gibt es eine neue Partei für uns, da treten wir ein. Unser Fehler war, das zu spät gemerkt zu haben“. (FAZ, 24.04.2015)

Hans-Olaf Henkel: Die AfD ist zu einer „NPD light“ geworden. (Faz online 08.11.15) Er bereut, mitgeholfen zu haben, ein „richtiges Monster zu erschaffen“.

Manfred Güllner: „(...) das ist ein brauner Bodensatz. Zwei Drittel der AfD-Wähler lehnen das demokratische System (...) ab. Das sind keine normalen Menschen. Das sind wirklich Antidemokraten.“ Forsa-Chef über die AfD-Wähler (Interview DLF 02.01.16 - http://www.deutschlandfunk.de/afd-waehler-das-sind-wirklich-anti-demokraten.694.de.html?dram:article_id=341291).

3. Zitate Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlinge:

Marcus Pretzell, Landeschef der AfD in NRW (MdEP) und mittlerweile neuer Lebensgefährte der AfD-Vorsitzenden Petry sprach sich als erster (02.11.2015) dafür aus, die Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland notfalls mit Schusswaffen zu stoppen. „Die Bewaffnung der Grenzpolizei macht ja nur Sinn, wenn die Beamten auch die Erlaubnis haben, diese Waffen notfalls auch einzusetzen – um zu warnen, zu verletzen, oder letztlich auch um zu töten“, sagte Pretzell dem Kölner EXPRESS. Der Waffeneinsatz zur Grenzsicherung sei durch Bundesgesetz geregelt, fügte er hinzu. „Waffen sollten nur als Ultima Ratio gegen Flüchtlinge zum Einsatz kommen - also wenn alle anderen Mittel nicht helfen.“ (<http://www.express.de/news/skandal-forderung-afd-politiker-marcus-pretzell-will-fluechtlinge-mit-waffen-stoppen--23094688>)

Alexander Gauland unterstützte diese Position anschließend öffentlich. <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/waffeneinsatz-gegen-fluechtlinge-an-grenzen-nrw-afd-steht-nicht-allein-aid-1.5528511>

Am 30.01.16 gab **Frauke Petry** dem Mannheimer Morgen ein Interview:

Was passiert, wenn ein Flüchtling über den Zaun klettert? Petry: Dann muss die Polizei den Flüchtling daran hindern, dass er deutschen Boden betritt. *Und wenn er es trotzdem tut?* Petry: Sie wollen mich schon wieder in eine bestimmte Richtung treiben. *Noch mal: Wie soll ein Grenzpolizist in diesem Fall reagieren?* Petry: Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.

Es gibt in Deutschland ein Gesetz, das einen Schießbefehl an den Grenzen enthält? Petry: Ich habe das Wort Schießbefehl nicht benutzt. Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt. Entscheidend ist, dass wir es so weit nicht kommen lassen und über Abkommen mit Österreich und Kontrollen an EU-Außengrenzen den Flüchtlingszustrom bremsen. (<http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-können-es-nicht-lassen-1.2620328>)

Beatrix von Storch (MdEP, stellv. AfD-Bundesvorsitzende, AfD-Landeschefin Berlin) verteidigte auf Facebook

Beatrix von Storch
PolitikerIn · 35.974 „Gefällt mir“-Angaben · 30. Januar um 18:58 · 🌐

Es ist so weit. Wir diskutieren (bar jeder Kenntnis) den "Schießbefehl". (Was für eine Verhöhnung der Mauertoten!) Schießen? An der Grenze? Die Empörung - grenzenlos.

Menschen, die aus Österreich einreisen, haben kein Asylrecht (Art 16 a Abs. 2 GG). Ihnen ist die Einreise zu verweigern (18 Abs. 2 AsylG). Und wenn Sie das HALT an der Grenze nicht akzeptieren, "können die Vollzugsbeamten im Grenzdienst Schusswaffen auch gegen Personen einsetzen." (§ 11 UZwG).

Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen. Die Menschen sind in Österreich in Sicherheit. Es gibt keinen Grund, mit Gewalt unsere Grenze zu überqueren.

3471 „Gefällt mir“-Angaben · 7525 Kommentare · 975 geteilte Inhalte

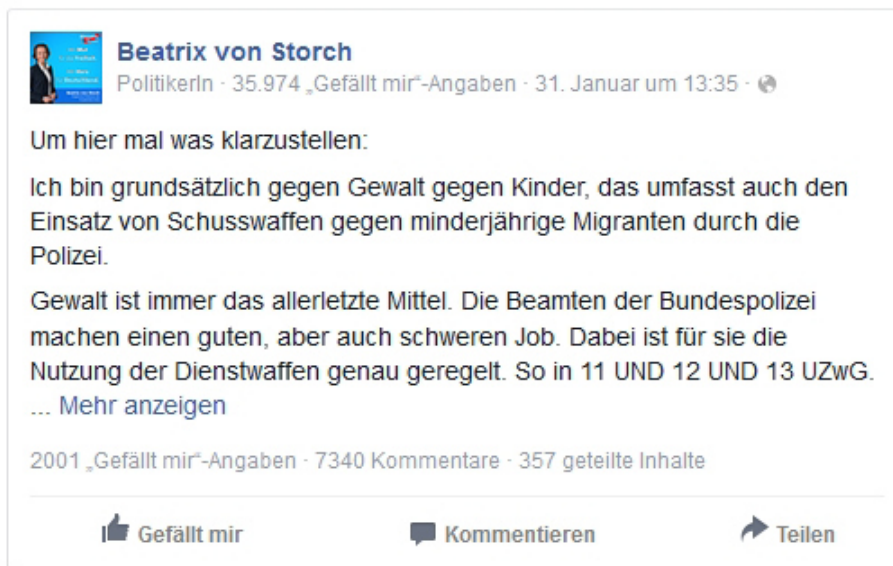
👍 Gefällt mir 💬 Kommentieren ➦ Teilen

umgehend die Position Petrys (Screenshots):

Provoziert von Kommentaren folgte dann der skandalöseste Eintrag. Von Storch antwortet mit einem schlichten „Ja“ auf die Frage: „Wollt Ihr etwa Frauen mit Kindern an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?“



Nach einer Welle der Empörung dann das peinlich-unglaubliche Zurückrudern:



4. Zitate AfD-Spitzenkandidaten der drei Landtagswahlen:

Jörg Meuthen (AfD-Co-Vorsitzender/Spitzenkandidat BaWü): „Mein Problem mit der Homo-Ehe ist, dass es dann zugleich ein Adoptionsrecht gibt. Das ist rechtlich so. Und nun bin ich Vater von fünf Kindern und ich habe wirklich ein gelebtes Verständnis davon, dass eine Vaterrolle und eine Mutterrolle ganz unterschiedlich sind. Und wenn ich das jetzt aus der Sicht des Kindeswohls betrachte: Dann glaube ich, dass ein Kind, das adoptiert wird, besser in eine klassische Mann-Frau-Rolle rein kommt, als in eine Frau-Frau- oder Mann-Mann-Rolle. Denn so hat es einen Vater und eine Mutter und das ist besser als zwei Väter oder zwei Mütter. Ich bin nicht erfreut, wenn man mir dann eine Homophobie nachgesagt wird oder so etwas – ich habe Homosexuelle in meinem Bekanntenkreis, das hat, glaube ich, jeder Mensch. Und ich hab damit auch nicht einen Anflug von Berührungsängsten. Ich habe eine Position, die vertrete ich.“ (RheinNeckarBlog 19.10.15)

Jörg Meuthen: „Dass es vielfältige Formen der Kriminalität gibt, erlebt man in den Aufnahmeeinrichtungen und auch um sie herum. Da nehmen die Einbrüche relativ stark zu. Das ist ein Problem, dass wir aus Karlsruhe sehr genau kennen. Wir haben gewalttätige Übergriffe in den Einrichtungen, die heftig sind. Wir haben einen katastrophalen Umgang mit Frauen. Die Frauen erleben nackte Angst. Es gibt in diesem Kulturkreis, der da überwiegend zuwandert, eine durchaus verbreitete Art und Weise, entschieden respektloser mit Frauen umzugehen, als das in unserem Kulturkreis üblich ist. Da geschehen, nach allem was ich höre, Dinge, die sind gruselig: Mit Zwangsprostitution, mit Gewalt gegen Frauen in jedweder Form. In unserem Land. Und das ist etwas, dass wir nicht tolerieren können.“ (RheinNeckarBlog 19.10.15)

Frauke Petry/Jörg Meuthen: (facebook 5.1.15): "Ist Ihnen nach der Welle an Straftaten und sexuellen Übergriffen Deutschland nun 'weltoffen und bunt' genug, Frau Merkel?"

(facebook 6.1.15): „Massenhafter Missbrauch von Frauen in Köln erinnert an rechtlose Zustände zum Kriegsende. Kölner Gewalt ist Auswirkung der unkontrollierten Zuwanderung nach Deutschland.“

Uwe Junge (AfD- Landesvorsitzender und Spitzenkandidat RLP, früher – ohne es anzugeben - ein Jahr lang Mitglied in der radikal islamfeindlichen Partei „Die Freiheit“): „Ungesteuerte Massenzuwanderung ist ein Verbrechen an unseren Kindern.“ „Willkommenskultur“ vermutet er, könne „Unwort des Jahres“ werden. (AZ, 06.01.16)

André Poggenburg (AfD-Landeschef und Spitzenkandidat Sachsen-Anhalt): „Wie krank im Geschlecht und im Geiste, wie unnatürlich verkommen ist diese rot-grüne Gefolgschaft? Deutschland schafft sich gerade selbst ab.“ (FAZ, 16.10.15)

: Ein besinnliches, friedvolles Weihnachten wünschte die AfD in Sachsen-Anhalt auf ihrer Facebook-Seite - und kombinierte diesen Gruß mit dem Appell, sich Gedanken zu machen "über gemeinsame Werte, Verantwortung für die Volksgemeinschaft".



Auf kritische Hinweise im Netz antwortete André Poggenburg: Dieser Begriff sei „positiver Ausdruck und Bestandteil der deutschen Sprache“. „Es kann also nicht sein, dass allein durch propagandistischen Missbrauch zuvor positiver, gesellschaftlich anerkannter Begriffe durch die NS-Diktatur, diese nun nicht mehr Bestandteil unserer deutschen Sprache sein dürfen.“ (...) „Die deutsche Sprache mit ihrer langen Geschichte und Entwicklung gehört allein dem deutschen Volk und nicht einer Demagogenclique aus längst vergangener Zeit oder heutigen selbster-

nannten Sprach- und Tugendwächtern.“ (Facebook, 30.12.15)

5. Zitate Björn Höcke:

Die neue AfD-Führung unter Frauke Petry und Jörg Meuthen hat das noch von Bernd Lucke angestrebte Parteiausschlussverfahren gegen Björn Höcke gestoppt.

Björn Höcke, (Partei-und Fraktionsvorsitzende AfD Thüringen): „Ich gehe nicht davon aus, dass man jedes einzelne NPD-Mitglied als extremistisch einstufen kann.“ Thüringer Allgemeine, 06.05.2014

Björn Höcke: In einer Mail fordert er im Namen der Meinungsfreiheit die Abschaffung der Paragraphen 86 und 130 des Strafgesetzbuches. Nach diesen Paragraphen sind das "Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen", das "Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" und "Volksverhetzung" verboten. Insbesondere ist nach § 130 Abs. 3 die "Auschwitzlüge" und nach § 130 Abs. 4 das Verherrlichen des Nazi-Regimes verboten.

Björn Höcke: "Wir brauchen keine Begriffstabuisierung, keine Antidiskriminierungsgesetze und keine politische Strafjustiz. Hinfort damit - und zwar schnell." (Deutschlandradio, 29.05.2015).

Björn Höcke/Erfurter Resolution: „Zahllose unserer Mitglieder verstehen die AfD nämlich immer noch und gegen jede Verengungstendenz als grundsätzliche, patriotische und demokratische Alternative zu den etablierten Parteien, als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.), als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands, als Partei, die den Mut zur Wahrheit und zum wirklich freien Wort besitzt.“ (siehe: <http://derfluegel.de/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/>).

Björn Höcke (FAZ, 16.10.15): „Ich will, dass Deutschland nicht nur eine tausendjährige Vergangenheit hat. Ich will, dass Deutschland auch eine tausendjährige Zukunft hat.“

Björn Höcke: "Angsträume für blonde Frauen" <http://www.stern.de/kultur/tv/guenther-jauch-kritik--afd-mann-bjoern-hoecke-zueckt-deutschland-flagge-6507328.html>

Björn Höcke sagt über Flüchtlinge: "Wir importieren sozialen Brennstoff", und über Erfurt sagt er, es sei "schön deutsch". In einem Einspieler, der ihn während einer öffentlichen Rede zeigt, fordert er, man müsse blonde Frauen beschützen, weil, so im Originalsprech, "die Angsträume für blonde Frauen größer werden". Wie bitte? Jauch greift ein. Immerhin, denn so selbstverständlich ist das nicht, wie sich mal wieder zeigt. Und Höcke rudert, und so selbstverständlich ist das erst recht nicht, zurück. "Ich muss mich entschuldigen", sagt er. Nicht nur die blonden, auch brünette und rothaarige Frauen seien betroffen. Es gäbe, so seine These, täglich Gewalt gegen Frauen durch Flüchtlinge. Jauch widerspricht, das könne keiner, nicht mal die Polizei, bestätigen. „Höcke Hatte Recht“ (Grafik) Posting auf Facebook-Auftritt Höckes 06.01.16

Björn Höcke (facebook 16.12.15): „AfD gegen eine weitere Verschärfung des Waffenrechts. Freiheitsfeinde, Staatsgläubige und Autoritäre – sie alle eint das Bestreben, das Recht des freien Bürgers, eine Waffe zu besitzen, weiter zu beschränken oder gar gleich ganz abzuschaffen“, erklärte der innenpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Jörg Henke, zur von der EU-Kommission geplanten Verschärfung des Waffenrechts. „Schon heute gehört das deutsche Waffenrecht zu den schärfsten weltweit. Der Eindruck drängt sich auf, dass hier die Freiheit der unbescholtenen Bürger noch weiter beschnitten werden soll.“

Björn Höcke und Alexander Gauland - 5 Grundsätze für Deutschland:

https://www.youtube.com/watch?v=0dM_cgMJT88

„Deutschland ist kein Labor für Gesellschaftsexperimente! Wir verweigern uns verantwortungslosen Experimenten mit und an unserem Volk. Nur Ideologen glauben, dass Gesellschaft ohne Familie funktionieren kann

oder dass jeder zu einem Deutschen wird, sobald er die Landesgrenze überschritten hat. Gefährlichen Ideologien, die die multikulturelle Gesellschaft erschaffen und die klassische Familie abschaffen wollen, erteilen wir eine klare Absage!“

„Die von vielen so genannte „Lügenpresse“ hat sich ihren Namen nicht selten redlich verdient. An Stelle objektiver Berichterstattung propagiert sie eine fatale Willkommenskultur.“

Björn Höcke (facebook .01.16): "Merkel ist schuld an Attacken des Einwanderer-Mobs auf Frauen in Köln und anderen deutschen Städten."

Björn Höcke (facebook 09.01.16): „Verabschiedungskultur statt CSU-Asylobergrenze“

Am 21.11.2015 hielt **Björn Höcke** am „Institut für Staatspolitik“ in Schnellroda einen Vortrag. Auf Youtube ist dieser unter dem Titel „Asyl – eine politische Bestandsaufnahme“ veröffentlicht (<https://www.youtube.com/watch?v=kMcStcmSv08>). Ab Minute 28:10 ist folgende – nach Gutachten des Dresdner Politologen Werner Patzelt „rassistische Passage“ (<http://wjpatzelt.de/?p=731>) zu sehen: „Liebe Freunde, der Bevölkerungsüberschuss Afrikas beträgt etwa 30 Mio. Menschen im Jahr. Solange wir bereit sind, diesen Bevölkerungsüberschuss aufzunehmen, wird sich am Reproduktionsverhalten der Afrikaner nichts ändern. Die Länder Afrikas: Sie brauchen die deutsche Grenze; die Länder Afrikas: Sie brauchen die europäische Grenze, um zur einer ökologisch nachhaltigen Bevölkerungspolitik zu finden. Und die Länder Europas brauchen sie gegenüber Afrika und dem arabischen Raum umso dringender, weil Europa – phylogenetisch vollständig nachvollziehbar – eine eigene Reproduktionsstrategie verfolgt. In Afrika herrscht nämlich die sogenannte r-Strategie vor, die auf eine möglichst hohe Wachstumsrate abzielt; dort dominiert der sogenannte Ausbreitungstyp. Und in Europa verfolgt man überwiegend die K-Strategie, die die Kapazität des Lebensraumes optimal ausnutzen möchte. Hier lebt der Platzhaltertyp. Die Evolution hat Afrika und Europa – vereinfacht gesagt – zwei unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert. Sehr gut nachvollziehbar für jeden Biologen. Das Auseinanderfallen der afrikanischen und europäischen Geburtenraten wird gegenwärtig natürlich noch durch den dekadenten Zeitgeist verstärkt, der Europa fest im Griff hat. Kurz: Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp. Und diese Erkenntnis – wenn diese Erkenntnis von irgendeinem der Altparteien-Politiker jemals gewonnen worden ist, was ich wage zu bezweifeln – diese Erkenntnis, die ruft nach einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Asyl- und Einwanderungspolitik Deutschlands und Europas, liebe Freunde. Grenzen haben eine ordnende Funktion. Ohne Grenze keine Form ...“ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-gutachten-hoecke-praktiziert-klaren-rassismus-a-1070033.html>

Björn Höcke (BILD, 18.12.15): „Höcke bezeichnete bei der AfD-Nachwuchsorganisation „Junge Alternative“ Christentum und Judentum als unversöhnlichen Gegensatz. Teilnehmer erinnern sich an diesen Satz: „Christentum und Judentum stellen einen Antagonismus dar. Darum kann ich mit dem Begriff des christlich-jüdischen Abendlandes nichts anfangen.“ Höcke bestätigte die Äußerung gegenüber BILD. Er beteuerte aber, damit „keine Kritik am Judentum“ verbunden zu haben: „Das Judentum ist eine großartige Religion.“

Björn Höcke: „Wir müssen unsere Männlichkeit wieder entdecken. Denn nur, wenn wir unsere Männlichkeit wieder entdecken, werden wir mannhaft. Und nur, wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde.“ (Tagesspiegel, 29.11.15)

Konrad Adam (Ex-CDU, AfD-Mitgründer und Ex-AfD-Ko-Vorsitzender) **über Höcke** (Spiegel online 23.12.15): „Ich habe Höcke immer so verstanden, dass man sich auch bei der NPD umsehen könnte. Das möchte ich aber nicht. Wenn ein Ex-NPD-Mitglied zur AfD kommt, um sich zu resozialisieren, dann ist das eine andere Sache. Schließlich sind nach 1945 viele ehemalige NSDAP-Mitglieder auch bei den sogenannten Volksparteien CDU, CSU und SPD untergekommen. Aber den Geist der NPD möchte ich in der AfD nicht haben.“

6. Weitere Zitate:

Frauke Petry nennt den Mindestlohn: „Jobkiller-Gesetz“ (Pressemitteilung 28.04.2015)

Im letzten bundesweit gültigen Programm-Beschluss (Wahlprogramm Europa-Wahl) hat sich die AfD einmütig gegen den Mindestlohn ausgesprochen, eine interne Mitgliederbefragung ergab über 84 % Zustimmung zu dieser Position: „Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014“ (Beschluss des Bundesparteitags vom 22. März 2014): „Der Mensch steht für die AfD im Mittelpunkt der Politik. Eine prosperierende Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Die AfD ist deshalb der Überzeugung, dass es in Deutschland eine verlässliche soziale Absicherung für Geringverdiener geben muss. Diese Absicherung muss ein menschenwürdiges Leben und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe in Deutschland gewährleisten. Ein gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn kann dies nicht leisten, da viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben. Zudem sind diese Arbeitsplätze gerade durch den Mindestlohn gefährdet.“

Frank Scherie (AfD-Ratsfraktion Ennepetal) (<http://www.afd-ennepetal.de/?p=2067>) fordert Selbstjustiz und hat Tötungsphantasien (05.01.16):

"Da in Anbetracht der Tatsache, daß die Polizei chronisch unterbesetzt ist und sich inzwischen nur noch in Zugstärke in Problemvierteln wie Duisburg-Marxloh traute, sollte man sich nicht wundern, wenn der Bürger in Ermangelung von Alternativen selber das Heft in die Hand nimmt und Bürgerwehren gegen solche Umtriebe formiert. Ob diese dann im Falle eines Falles noch die 110 wählen oder direkt die Erwischten „Import-Früchtchen“ dem Vater Rhein zwecks Überprüfung der in NRW nur noch rudimentär vermittelten Schwimmfähigkeiten übergeben, bleibt der Phantasie des Lesers überlassen - genauso, ob ein Schlauchboot hinterhergeworfen wird, mit dem diese ungebetenen Gäste mit dem „Mülleimer Böttchen“ zu Herrn Wilders in die Niederlande hinaus komplementiert werden."

Marcus Pretzell, Landeschef der AfD in NRW (MdEP): "Wir hatten die Diskussion, sind wir die Euro- oder die Pegida-Partei? Wir sind beides!" (Grußwort Essener AfD-Parteitag, 04.07.15)

Alexander Gauland (Spiegel 12.12.15): „Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise.“ „Man kann diese Krise ein Geschenk für uns nennen. Sie war sehr hilfreich.“

Alexander Gauland (Presseerklärung 05.01.16): „Der gesamte Flüchtlingsstrom nach Europa bleibt jetzt in Deutschland. Das ist unserer Bevölkerung nicht zuzumuten. Wir sitzen in der Falle. Es gibt nur noch eine Möglichkeit. Auch Deutschland muss jetzt seine Grenzen schließen.“

Alexander Gauland (Presseerklärung 08.01.16): „Die massenhaften Kölner Übergriffe zeugen von der Unmenschlichkeit der Multikulti-Politik und von Merkels Rücksichtslosigkeit gegenüber dem eigenen Volk. Die schrecklichen Erlebnisse der Kölner Frauen, die massenhaft begrabscht, belästigt, erniedrigt und beklaut wurden, sind für die politische Klasse offenbar ein notwendiger Kollateralschaden auf dem Weg in die ‚bunte Republik‘. Während Merkel sich mit ‚Selfie‘-Fotos öffentlichkeitswirksam an Flüchtlinge anbietet, ist ihr das eigene Volk völlig egal!“

Armin Paul Hampel (AfD-Chef Niedersachsen):

„Ich will das auf keinen Fall herunter spielen, aber es ist doch klar, dass ein Gutteil dieser angeblichen Brandanschläge von den Flüchtlingen selbst kommt, meist aus Unkenntnis der Technik. Mal ehrlich, viele von ihnen dürften es gewohnt sein, in ihren Heimatländern daheim Feuer zu machen.“ (Der Spiegel 51/2015, S. 25)

Armin Paul Hampel (wörtlich auf dem Erfurter Europaparteitag der AfD, 22. März 2014): "Andere Parteien wollen Zuwanderung nur, damit die Deutschen in einem großen europäischen Brei aufgehen."

Beatrix von Storch (MdEP, stellv. AfD-Bundesvorsitzende, AfD-Landeschefin Berlin): „Wir wollen die Demokratie verteidigen. Demokratie geht nur national.“ (<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2014/liveticker-zum-afd-parteitag/>)

Beatrix von Storch: „Ich halte es nicht für schlecht, wenn Eltern das Recht haben, die Kinder allein zu Hause zu unterrichten.“ (FAS, 09.03.14)

Marc Jongen (stv. Sprecher AfD BaWü, Ex-Assistent Peter Sloterdijk): „Das Erscheinen der Alternative für Deutschland auf der politischen Bühne bedeutet vor allem eines: diese Zusammenhänge kommen den Bürgern zu Bewusstsein, der Widerstand hat begonnen. Die bürgerliche Mitte ist heute – paradox genug – die eigentlich revolutionäre Klasse. Der Endzweck dieser Revolution ist freilich nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft und der Souveränität des Volkes gegenüber dem Lobbyismus.“ „Genuin liberal zu sein, heißt heute, konservativ zu sein. Zuweilen sogar reaktionär.“ (<http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894>)

FAS, 10.01.16: „**Jongen** will (...) die Geschlechterrollen stärker festschreiben, um sie vor der Bedrohung durch die Gender-Theorie zu schützen. Statt „Gender-Mainstreaming“ fordert Jongen deshalb „Erziehung zur Männlichkeit“. Dieses Denken bezieht er nicht nur auf Geschlechterfragen. Der gesamte „kulturell-religiöse Überbau“ der Gesellschaft soll auf diese Weise geschützt werden. Die AfD soll die weitere Dekonstruktion von Familie, Volk und Kirche verhindern. Man müsse „pfeleglich umgehen mit den notwendigen Illusionen“.“

Konrad Adam (Eh. Bundessprecher): „Nur der Besitz schien eine Garantie dafür zu bieten, dass man vom Wahlrecht verantwortlich Gebrauch machte. Erst später, mit dem Aufkommen der industriellen Revolution und seiner hässlichsten Folge, der Massenarbeitslosigkeit, ist die Fähigkeit, aus eigenem Vermögen für sich und die Seinen zu sorgen, als Voraussetzung für das Wahlrecht entfallen. Ob das ein Fortschritt war, kann man mit Blick auf die Schwierigkeiten, die der deutschen Politik aus ihrer Unfähigkeit erwachsen sind, sich aus der Fixierung auf unproduktive Haushaltstitel wie Rente, Pflege, Schuldendienst und Arbeitslosigkeit zu befreien, mit einigem Recht bezweifeln. Das Übergewicht der Passiven lähmt auf die Dauer auch die Aktiven und zerstört den Willen zur Zukunft.“ <http://www.welt.de/print-welt/article159946/Wer-soll-waehlen.html>

Konrad Adam (Eh. Bundessprecher): „38 Millionen Erwerbstätigen stehen rund 20 Millionen Rentner und Pensionäre, 8 Millionen Behinderte, 6 oder 7 Millionen Arbeitslose und 2 Millionen Studenten gegenüber: Leute, die es als ihr gottgewolltes Recht betrachten, von dem zu leben, was andere für sie aufbringen müssen.“ <http://www.welt.de/print-welt/article218286/Warum-soll-ich-fuer-Sie-bezahlen.html>

Petra Federau (AfD-Landesgeschäftsführerin von Mecklenburg-Vorpommern): „Wie krank sind diese Leute, die sich selbst und jeden Deutschen hassen, weil sie Deutsche sind - zumal sie selbst Deutsche sind. Es gibt kein anderes Volk auf der Welt, welches sich selbst vernichten will. Danke Grüne Jugend und Antifa - ihr entlarvt Euch selbst mit diesen schwachsinnigen Aktionen. Und selbst der normale Bürger begreift langsam, wer die Feinde der Demokratie und Meinungsfreiheit sind.“ (Facebook, 11. Juni 2014)

Hermann Behrendt (eh. AfD-Sprecher NRW): „Wir haben ganz überwiegend die Unterschicht aus den Herkunftsländern einwandern lassen. [...] Selbstverständlich zieht diese dann den Intelligenz-Durchschnitt in der aufnehmenden Bevölkerung nach unten. Und das gilt nicht nur für die eingewanderte Generation, sondern wegen der vererbten Veranlagung auch für die folgenden Generationen.“ Buchpublikation „Mandative Demokratie“ 2011, S. 66 http://mandative-demokratie.de/files/die_mandative_demokratie.pdf

Matthias Wohlfarth (eh. Sprecher AfD Thüringen): „... und wenn ich das sehe, wie ein Afrikaner an der Bushaltestelle von irgendwelchen 'Rechten' zusammengeschlagen worden ist, sehe ich aber auch den Hintergrund: Ich sehe den Hintergrund, dass möglicherweise durch eine lasche Handhabung mit kriminell agierenden Einwanderern so eine Antistimmung gefördert wird, ja.“ http://www.deutschlandradiokultur.de/wahlkampf-fundamentalistisch-und-national.1001.de.html?dram%3Aarticle_id=280051#

Markus Frohnmaier (Bundesvorsitzender der Jungen Alternative (JA), (handelsblatt.com 02.12.15/spiegel.de 26.11.15): „Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.“

Thomas Hartung (eh. Sächsischer AfD-Vize): „Ich spreche einem Menschen mit Trisomie 21 die Befähigung ab, in Deutschland den Hochschulberuf eines Lehrers zu ergreifen, und gebe kund, dass ich als Nichtbehinderter von einem solchen nicht unterrichtet werden möchte. Dafür muss ich mich im Deutschland des Jahres 2014 rechtfertigen.“ „Spätestens, wenn die ersten Bildungsverschlimmbesserer eine Down-Syndrom-Quote unter der deutschen Lehrerschaft einfordern, sprechen wir uns wieder.“ Hartung bezog sich auf einen spanischen Lehrer mit Down-Syndrom (bekannt aus dem Film „Me too“) Posting auf Facebook (Juni 2014, gelöscht) <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/landtagswahlen-2014/nachaeusserungen-ueberbehinderte-tudresden-droht-afdpolitiker-mitkonsequenzen-seiteall/10088272-all.html>

Matthias Wohlfarth, (Thüringer Ex-AfD-Landessprecher), DR-Interview im März 2014:

http://www.deutschlandradiokultur.de/wahlkampf-fundamentalistisch-und-national.1001.de.html?dram:article_id=280051 ":

„Von wegen Frieden durch den Euro - das Gegenteil ist der Fall! Wir gehen auf bürgerkriegsähnliche Zustände zu! Wir sehen die fehlgelenkte Integrations- und Einwanderungspolitik, die Früchte, Parallelgesellschaften mit Paralleljustizen, mit Blut, was da fließt, was wir schon gar nicht mehr veröffentlichen in Zeitungen - die Fakten würden uns zu sehr erschrecken.“

7. Überblick: Zitate aus den Wahlprogrammen der AfD in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

AfD Baden-Württemberg Wahlprogramm (<http://afd-bw.de/wahlprogramm/>):

„Die Regierungsparteien in Berlin und Stuttgart, die die AfD aufgrund dieser Forderungen als „ausländerfeindlich“ und „rechtspopulistisch“ diffamieren, haben nicht nur alle Verantwortung für das eigene Volk abgelegt, sie handeln in zynischer Weise als Saboteure unseres Staates und unserer Gesellschaft. Im Gewand der Bürgerlichkeit zerstören sie die bürgerliche Ordnung. Die AfD gibt dem erwachenden Widerstand des Bürgertums gegen seine Abschaffung eine politische Form.“

„Auch das Konzept der Inklusion sieht die AfD kritisch, da es weder den schwer lernbehinderten Kindern, noch der Mehrheit der Nicht-Lernbehinderten gerecht wird. Stattdessen sollte das vorbildliche deutsche Sonderschulsystem erhalten werden, das aus rein ideologischen, nicht aus sachbezogenen Gründen unter Beschuss geraten ist.“

„Im Zeichen der Verantwortung für unsere Kinder steht die Forderung der AfD nach Beendigung der Frühsexualisierung und anderer ideologischer Beeinflussungen in Schulen und sogar Kindergärten, wie sie der grün-rote Aktionsplan und der Bildungsplan vorsehen. Ein Staat, der sein Bildungsmonopol für Eingriffe in die Intimsphäre und ideologische Indoktrinationen der ihm anvertrauten Kinder missbraucht, ist auf dem Weg zur Gesinnungsdiktatur.“

„Der grün-rote Kampf gegen die angeblich allgegenwärtige Diskriminierung, der unter der Fahne des „Gender Mainstreaming“ geführt wird, hat die Zerstörung der traditionellen Familie und die Auflösung der geschlechtlichen Identität von Mann und Frau zu seinem eigentlichen Ziel.“

„Nur aus der Verbindung zwischen Mann und Frau gehen Kinder hervor, die die nächste Generation unserer Gesellschaft bilden. Der Schutz, die Förderung und die steuerliche Entlastung der Familie sind daher überlebensnotwendig für jedes Volk, das nicht seine eigene Abschaffung betreiben will. Wie in ganz Deutschland, so werden auch in Baden-Württemberg schon seit Jahrzehnten viel zu wenige Kinder geboren. Diese Lücke durch Zuwanderung kompensieren zu wollen, ist von der demographischen Forschung längst als Illusion entlarvt worden. Neben einer auf das zuträgliche Maß begrenzten und nach Kriterien gesteuerten Einwanderung ist es daher vor allem notwendig, die Geburtenrate in unserem Land zu steigern. In diesem Sinne setzt sich die AfD für eine „Willkommenskultur für Kinder“ ein, die auch eine Reduzierung der viel zu hohen Abtreibungszahlen mit sich bringen würde.“

„Im Falle eines Notstands oder im Katastrophenfall ist die Sicherheit der Baden-Württemberger nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Dazu fordern wir: Die Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht für männliche Deutsche (...)“

„Die deutsche Bundesregierung und die Landesregierungen sind einem Modell der gelenkten Demokratie als Herrschaftsinstrument verhaftet. Die AfD will zur Vermeidung korruptionsanfälliger Strukturen bei politischen Verantwortlichen und Entscheidungsträgern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, endlich die geforderte Staatsferne herstellen.“

„Die AfD fordert, das Waffenrecht im Wesentlichen in seiner derzeitigen Form zu belassen. Das Bedürfnisprinzip für den legalen Waffenbesitz hat sich bewährt. Wir stehen zum Schießsport in der derzeitigen Form. Die Jagd ausübung darf nicht behindert werden.“

„Die AfD spricht Klartext: Fast alle Ankommenden, die auf Dauer zu bleiben gedenken, sind keine „Flüchtlinge“. Sie sind nicht an Leib und Leben bedroht, vielmehr brechen sie, angelockt von Versprechungen der Bundeskanzlerin, überwiegend aus den heimatnahen Auffanglagern oder Drittländern auf, in denen sie bereits sicher waren. Sie sind in der weit überwiegenden Mehrzahl minder- oder unqualifiziert; dasselbe gilt für ihre Familienangehörigen, die in Millionenzahl nachziehen werden. Sie alle wandern direkt in die deutschen Sozialsysteme ein, die unter der Wucht dieses Aufpralls vor dem Zusammenbruch stehen. Eine Integration dieser Masse in Staat und Arbeitsmarkt ist unmöglich.“

„Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien, allen voran die Bundeskanzlerin, ziehen alle Register der Massenpsychologie und Massensuggestion, um die Bevölkerung zu täuschen. Sie werden darin von einer weitgehend gleichgeschalteten Medienlandschaft unterstützt. Frau Merkel schließt eine Obergrenze der Zuwanderung aus, und begründet das mit „humanitären Verpflichtungen“. Verpflichtungen gegenüber der Zukunft des eigenen Volkes sind ihr unbekannt. Sie lockt damit hunderte Millionen Armutsflüchtlinge nach Deutschland. Wird dieser Zustrom nicht gestoppt, so ist das Ende der deutschen und europäischen Kultur besiegelt.“

„Länder wie Ungarn, die pflichtgemäß die EU-Außengrenzen sichern, dürfen nicht länger dafür angefeindet werden, ihnen ist vielmehr der Rücken zu stärken. Nach australischem Beispiel sind auf dem Mittelmeer aufgebrachte Flüchtlingsboote in ihre Heimathäfen zurückzuschleppen. Scheidet dies aus Sicherheitsgründen aus, werden die Menschen in mitgebrachten Rettungsbooten dorthin zurückgeschickt, ohne europäischen Boden betreten zu haben. Die Aussichtslosigkeit des Seeweges ist medial in den Herkunftsländer zu verbreiten. Dies alles ist nicht etwa inhuman – auf diese Weise musste Australien seit über einem Jahr keinen einzigen toten Flüchtling mehr beklagen. Inhuman ist vielmehr eine Politik, welche die Menschen mit der Aussicht auf Bleiberecht und materielle Vollversorgung nach Deutschland lockt.“

„Wir lehnen das scheinbarweise Vordringen integrationshemmender Rechte und Verhaltensweisen strikt ab. Dazu gehört das Tragen des islamischen Kopftuchs. Bei ihm handelt es sich um ein religiös-politisches Symbol repressiver Strömungen im Islam und es steht für die Ungleichbehandlung der Frau. Die AfD setzt sich für ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst und in der Schule sowie für ein generelles Burkaverbot ein.“

„Wir respektieren die eingetragene Lebenspartnerschaft. Deren Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir aber ab. Das Recht auf Adoption muss Ehepaaren vorbehalten bleiben. Wir sind fest davon überzeugt, dass es für das Wohl von Kindern und Jugendlichen am besten ist, wenn sie von Vater und Mutter umsorgt aufwachsen.“

„Die AfD will auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einwirken und auch im Bildungsbereich Anstrengungen unternehmen, damit Ehe und Familie positiv dargestellt werden.“

„Wer heute für eine Familie Verantwortung übernimmt, verliert an Flexibilität und riskiert berufliche Nachteile. Daher scheuen immer mehr Menschen eine lebenslange Bindung. Doch ist die beste Voraussetzung für einen verlässlichen familiären Rahmen eine lebenslange Ehe. Parallel zum Rückgang der Eheschließungen ist eine kontinuierliche Zunahme der Scheidungen zu beobachten. Es muss ein grundsätzlicher Wandel mit dem Ziel erfolgen, Paare zu unterstützen, damit sie auch Krisenzeiten durchstehen.“

„Die AfD sieht den Wert des Menschen unabhängig von seinen privaten Interessen, seiner sexuellen Orientierung und seiner allgemeinen Lebensgestaltung. Deshalb stellen wir uns entschieden gegen die volkerzieherische Überhöhung von nicht heterosexuellen Menschen und gegen die Dekonstruktion der Familie. Aufgabe der Bildung muss es sein zu vermitteln, dass die Geschlechter aufeinander zugeordnet sind, einander ergänzen und es geboten ist, einander in Achtung zu begegnen.“

„Der Sexualkundeunterricht in der Schule darf in keinem Fall von Lobbygruppen durchgeführt werden. Visuelle Darstellungen und Beschreibungen von sexuellen Praktiken sowie praktische Übungen lehnen wir für Schüler jeglichen Alters ab.“

„Gender Mainstreaming abschaffen: Die Ideologie des Gender Mainstreaming behauptet, dass das Geschlecht nur als soziales Konstrukt zu betrachten sei. Der „Aktionsplan für Toleranz und Vielfalt“ zeigt das Bestreben der Landesregierung, Gender Mainstreaming in allen Lebensbereichen durchzusetzen. Die AfD fordert, dass alle Gelder für die Gender-Forschung und diesbezügliche Projekte und Lehrstühle an Hochschulen gestrichen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind darin gestärkt wird, sein biologisches Geschlecht anzunehmen. Gender Mainstreaming als Norm zur Dekonstruktion der Geschlechterordnung und Auflösung der Ehe von Mann und Frau lehnt die AfD ab.“

„Jungen fördern: Die AfD fordert eine das Potenzial von Jungen wertschätzende Bildung und Erziehung. Mädchen und Jungen sind gleichberechtigt zu behandeln und zu fördern. Jungen sind schon seit vielen Jahren die großen Verlierer unserer Gesellschaft. Kindergarten und Schule sind auf Mädchen zugeschnitten, Jungen erfahren eine strukturelle Benachteiligung. Dem ist entschlossen entgegenzuwirken. Zukünftige Familien brauchen nicht nur starke Frauen, sondern auch starke Männer.“

„Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung: Die verbindliche Grundschulempfehlung ist wieder einzuführen. Dies bedeutet keine Festlegung der Schüler auf einen weiteren Lebensweg. Der Übergang von einer Schulform zur anderen ist bei entsprechender Leistung möglich.“

„Inklusion nicht zu Lasten lernwilliger und begabter Kinder erzwingen und Überforderung der Lehrkräfte vermeiden: Die Inklusion darf nicht das Lernen der Mitschüler beeinträchtigen, denn auch diese haben ein Recht auf optimale Förderung. Bei schwerer körperlicher oder geistiger Behinderung kann die Inklusion leicht zur Überforderung der Mitschüler und Lehrkräfte sowie der betroffenen Schüler selbst führen. Es ist Aufgabe des Lehrers, einen guten Unterricht für begabte Schüler zu bieten und hier eine hohe Fachkompetenz zu zeigen. Eine Überfrachtung mit fachfremden Kompetenzen ist nicht zu verlangen. Es ist von Vorteil für alle Betroffenen, wenn schwer lernbehinderte Kinder in Sonderschulen unterrichtet werden.“

„Geschwindigkeitsbegrenzungen wegen Umweltschutz oder Luftreinhaltung sind, da mittlerweile fast alle Fahrzeuge Euro-2 oder höher erfüllen, sinnlos und stellen eine bloße Gängelung dar. Wir fordern eine Überprüfung existierender Geschwindigkeitsbegrenzungen auf ihre Sinnhaftigkeit hin und mahnen an, verstärkt in Lärmschutzbauten zu investieren, um Geschwindigkeitsbegrenzungen aus Lärmschutzgründen allmählich unnötig zu machen.“

„Die Politik hat den Klimawandel zu einer menschengemachten Klimakatastrophe hochstilisiert. In Deutschland geschürte Ängste vor Treibhausgasen und vor der Kernenergie führten und führen zur einseitigen Bevorzugung der sogenannten Erneuerbaren Energien.“

„Die energiepolitischen Hauptforderungen der AfD in Baden-Württemberg sind: Ein 10-jähriges Moratorium zur Beibehaltung des bestehenden Energiemixes (...)“

„Klima als mindestens 30-jähriges Mittel vom Wetter ändert sich naturgesetzlich immer, war noch nie konstant und kann daher ebenso wenig wie das Wetter geschützt werden. Selbst wenn bewiesen werden könnte, dass anthropogenes CO₂ einen schädlichen Einfluss auf das Klima ausübt, würde der minimale deutsche Beitrag zur weltweiten CO₂-Vermeidung durch die „Energiewende“ die Gefährdung unserer Energiesicherheit, die Schädigung unserer energieintensiven Industrie und die Kostenexplosion für die privaten Stromkunden nicht rechtfertigen.“

Die Kerntechnikkompetenz in Baden-Württemberg erhalten: Weltweit sind 437 Kernkraftwerke in Betrieb. 70 weitere sind im Bau. Deutschland ist in Fragen der Kraftwerkssicherheit aufgrund kontinuierlicher Nachrüstungen seiner Kraftwerke noch unter den führenden Nationen und kann seine Kompetenz weltweit einbringen. Dazu ist Kerntechnik Innovationstreiber für viele Technologiefelder.“

„Die unangemeldete Kontrolle über die gesetzliche Aufbewahrungspflicht von Schusswaffen im Privatbereich wird abgeschafft. Die Unverletzlichkeit der Wohnung wird gewährleistet.“

AfD Rheinland-Pfalz Wahlprogramm (<http://www.alternative-rlp.de/>):

„Familienschutz statt Genderwahn: Eine Gender-inspirierte Gleichstellungspolitik, die die durchgehende Vollerwerbstätigkeit beider Eltern als Idealbild anstrebt, lehnen wir ab. Alle Kinder haben das Recht, innerhalb ihrer Familie mit Vater und Mutter aufzuwachsen. Aufgabe der Politik ist es, dafür die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. Alles, was Familien nicht stärkt, sondern schwächt oder zerstört, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen. Nicht zuletzt zeigt sich eine kinder- und familienfreundliche Politik auch in einem klaren Bekenntnis zum Wert des Lebens. Die AfD-Rheinland-Pfalz tritt daher gemäß Artikel 2 Grundgesetz für einen umfassenden Schutz des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod ein.“

„Gegliedertes Schulsystem erhalten: Gymnasium stärken. Die AfD fordert die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung und möchte die Einrichtung eines Testverfahrens als „Einlassventil“ für die gymnasiale Oberstufe prüfen.“

„Die ideologisch motivierte Inklusion „um jeden Preis“ verursacht erhebliche Kosten und ist dennoch nicht immer von Vorteil. Wissenschaftliche Studien zeigen einheitlich keine generell positiven Wirkungen der Inklusion. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein.“

„Um dringend notwendige wissenschaftliche Kompetenz in unserem Land zu erhalten, befürwortet die AfD die weitere Förderung sowie die Mitarbeit deutscher kerntechnischer Forschungsinstitute an internationalen Programmen der Kernforschung. Nur so lässt sich nach heutigem Kenntnisstand die künftige Energieversorgung Deutschlands nach Beendigung der fossilen Stromerzeugung sichern.“

„Es bedarf keiner Novellierung des vorhandenen Waffenrechtes. Die entsprechenden Vorschriften sind eindeutig. Straftaten mit Waffen werden zumeist mittels illegaler Waffen begangen, weshalb es völlig unangebracht ist, Jägern und Sportschützen eine Sündenbock-Rolle zuzuweisen.“

„Zur Auflösung bestehender und zur Verhinderung neuer ethno-kultureller „Parallelgesellschaften“ sind diese durch geeignete Maßnahmen zu entflechten.“

„Wir stehen zu Artikel 3 des Grundgesetzes, der eine Benachteiligung auf Grund des Geschlechts verbietet und sind demnach gegen jede Quotenregelung. Ausschließlich Kompetenz und Leistung sollen Grundlage freier unternehmerischer Personalentscheidungen sein.“

„Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde. „

„Eine vollumfängliche rechtliche Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft, die sog. „Homo-Ehe“, lehnen wir deshalb strikt ab. Dies gilt insbesondere für das Adoptionsrecht.“

„Hausunterricht: Eltern ist grundsätzlich die Wahlfreiheit zwischen Schul- und Hausunterricht für ihre Kinder einzuräumen. Schulpflicht ist durch Unterrichtspflicht zu ersetzen.“

„Positiven Bezug zu Deutschland fördern! Die weiterführenden Schulen sollen nicht nur für die fachliche Qualifikation der Schüler sorgen, sondern auch Staatsbürger heranbilden. Dazu gehören ein grundsätzlich positiver Bezug zum eigenen Land und eine gefestigte Nationalidentität. Zu diesem Zweck müssen die Lehrpläne überarbeitet werden. Die deutsche Geschichte und die Geschichte Sachsen-Anhalts bieten genügend Anknüpfungspunkte, auf die wir uns mit Stolz berufen können.“

„Wir treten deshalb für den Erhalt der bewährten Förderschulen ein und lehnen das ideologisch motivierte Großexperiment „Inklusion“ ab.“

„Dem wollen wir mit einer Kulturpolitik gegensteuern, die in der Pflege einer deutschen Leitkultur eine sehr wichtige Aufgabe begreift und so dafür Sorge trägt, dass auch und gerade die integrationswilligen Einwanderer sich verstärkt mit unserem Land identifizieren. (...)

Identitätsstiftende Kulturpflege statt nichtssagender Unterhaltung! Museen, Orchester und Theater sind in der Pflicht, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern. Die Bühnen des Landes Sachsen-Anhalt sollen neben den großen klassischen internationalen Werken stets auch klassische deutsche Stücke spielen und sie so inszenieren, dass sie zur Identifikation mit unserem Land anregen.“

„Die Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik der etablierten Parteien führt geradewegs in eine soziale Katastrophe. Durch den ungebremsten Zustrom von Millionen von Einwanderern, die unsere Sprache nicht sprechen, die aus Kulturen stammen, die uns zutiefst fremd sind, und die zumeist über keine besondere Qualifikation verfügen, werden Parallelgesellschaften zementiert. Integration wird unmöglich. Soziale Spannungen in einem bislang ungekannten Ausmaß kommen auf uns zu.“

„Zu unserer Identität gehören auch bestimmte Vorstellungen von Freiheit, Menschenwürde, Gleichberechtigung, ein säkulares Staatsverständnis, Demokratie und Aufklärung. Der Islam gehört hingegen nicht zu unserer Identität. Er hat unsere Geschichte und unser Selbstverständnis nicht geprägt.

Wir verlangen von Menschen die dauerhaft in unserem Land leben wollen, dass sie unsere Kultur akzeptieren und nicht versuchen, diese zu verdrängen. Wir erwarten zudem, dass sie sich an die Gesetze und die Verfassung unseres Landes halten.“

„Die im Kindesalter erworbene Muttersprache ist die Grundlage des Denkens und der Kommunikation, auch des Verstehens und richtigen Gebrauchs von Fremdsprachen. Durch Sprachregelungen, Euphemismen und Sprechverbote wird derzeit in Deutschland versucht, eine in der Gender- und Gleichstellungsideologie fundierte Weltanschauung durchzusetzen und kritisches Denken einzuschränken. Die AfD wendet sich entschieden gegen derartige Sprachvorgaben in Ministerien, öffentlichen Einrichtungen, Medien und Schulen. Wir wollen weniger Anglizismen und Englisch im öffentlichen Sprachgebrauch und fordern stattdessen die Pflege der deutschen Sprache.“

„Die aktuelle Energiepolitik in Deutschland ist in vielerlei Hinsicht verfehlt. Sie orientiert sich an zweifelhaften Klimaprognosen. (...) Daher setzen wir uns für eine Verlängerung der Restlaufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke entsprechend den vormals verfolgten Planungen ein.“

„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss drastisch verschlankt werden. Wir fordern deshalb, dass Sachsen-Anhalt den Rundfunkstaatsvertrag einseitig aufkündigt und so das GEZ-System zur Neuordnung zwingt. Ziel soll die Abschaffung der GEZ sein. Der staatliche Rundfunk soll künftig aus ein bis zwei Kanälen bestehen, die der Grundversorgung der Staatsbürger mit Informationen dienen und dabei ein strenges Neutralitätsgebot zu beachten haben.“

„Seit Jahren weist die Kriminalstatistik in Sachsen-Anhalt steigende Werte für Diebstahl und Einbruch aus. Im Bundesvergleich hält Sachsen-Anhalt mittlerweile einen traurigen Spitzenplatz als das unsicherste Flächenland Deutschlands. Es ist abzusehen, dass die aktuelle Massenzuwanderung die Sicherheitslage noch weiter verschlechtern wird. Angesichts dieser Situation fordern wir, dass Kommunen mit besonderen Kriminalitätsbrennpunkten das Recht erhalten, eine freiwillige Bürgerwehr auf kommunaler Ebene einzuführen.“

8. Nützliche Web-Quellen:

<http://www.endstation-rechts.de/uebersicht/kategorie/afd.html>

<http://www.vorwaerts.de/artikel/afd-watchblog>

<https://www.facebook.com/watch.afd>

<https://hajofunke.wordpress.com/>

<http://keinealternative.blogspot.de/category/mitglieder-mit-ultrarechter-biografie/>